

Eine Erklärung unseres Dachverbandes, der

Deutschen Burschenschaft

Der bayerische Staatsminister des Inneren, Dr. Günther Beckstein, hat in einer Presseerklärung vom 14. Juli 2001 (268/01) seiner Sorge Ausdruck verliehen, Rechtsextremisten versuchten, in akademischen Burschenschaften und an den Hochschulen Einfluß zu gewinnen.

Diesen Vorwurf kann Beckstein in seiner inhaltlich fehlerhaften, unsachlichen und tendenziösen Erklärung nicht substantiieren. Beckstein begründet diesen Vorwurf damit, daß die im Papier namentlich genannten Burschenschaften Vortragsabende von insgesamt sieben Personen unterschiedlicher politischer Herkunft auf ihren Häusern veranstaltet hätten.

Die Beurteilung der einzelnen Referenten und Referate ist zum Teil undifferenziert und übernimmt erstaunlich unkritisch linksextreme Stereotype. Unabhängig davon übersieht Beckstein, daß die Organisation und Durchführung einer Vortragsveranstaltung in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft nicht bedeutet, daß sich der Veranstalter auch ohne weiteres die Inhalte der politischen Inhalte der Referenten zu eigen macht. Meinungs- und Informationsfreiheit sind nicht nur wichtige burschenschaftliche Werte sondern in Art. 5 GG auch Verfassungsgut.

Die Vortragsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unseres burschenschaftlichen Wirkens. Dabei lassen wir es uns nicht negativ anrechnen, auch Personen zu Wort kommen zu lassen, die Dr. Beckstein als Links- oder Rechtsextremisten einstufen will. Wenn Dr. Beckstein aus einer Vielzahl von Referenten einige wenige herausgreift, um anhand dieser seine nicht haltbaren Vorwürfe zu begründen, ist dies unzulässig und unseriös.

Wenn einzelnen Burschenschaften demokratische Urrechte abgesprochen werden oder der Minister versuchen sollte, einzelne Burschenschaften zu diskreditieren, werden wir uns schützend vor diese Burschenschaften stellen.

Die Vorsitzende Burschenschaft erkennt in den Äußerungen des Staatsministers die Absicht, die Einheit der Deutschen Burschenschaft zu gefährden. Dieser Versuch wird mißlingen. Die Deutsche Burschenschaft wird sich als überparteilicher Korporationsverband auch nicht für irgendwie geartete parteipolitische Zwecke instrumentalisieren lassen.

Die Deutsche Burschenschaft bekennt sich zu den demokratischen Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich. Behördliche Interventionen in den freien Meinungsaustausch stehen nicht in demokratischer sondern in obrigkeitstaatlicher Tradition. Dies verstärkt unsere Sorge über eine immer weitergehende Einengung politischer Freiheit im Zeichen eines mehr und mehr staatlichen propagierten „Antifaschismus“.

Angesichts dessen sind wir Burschenschafter aufgerufen, uns auf den zweiten Teil unseres Wahlspruches zu besinnen und unsere persönliche, politische und akademische Freiheit zu verteidigen.

Frankfurt am Main, den 30.06.2001

Der Hauptausschuß der Deutschen Burschenschaft